

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 11 / November 2009 · Ausgabe Niedersachsen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

SoVD zu Verbesserungen für Langzeitarbeitslose

Höheres Schonvermögen entbindet nicht von anderen Verpflichtungen

Seite 2

Bundesverfassungsgericht vor Grundsatzurteil

Hartz IV: Wie viel braucht ein Kind zum Leben?

Seite 3



Foto: Kirsty Pargeter/fotolia

SoVD-Zeitung spezial

„20 Jahre Deutsche Einheit“
Das sind die Gewinner des SoVD-Wettbewerbs

Seite 7-10

Gesetzlich Versicherten drohen höhere Kosten

Gesundheit muss für alle bezahlbar bleiben!

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP haben gezeigt, dass gerade im Bereich der Gesundheitspolitik die Vorstellungen meilenweit auseinander liegen. Angesichts einer Finanzierungslücke von 7,5 Milliarden Euro innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) besteht jedoch dringender Handlungsbedarf. Ab 2011 soll deshalb umgebaut werden: Auf die Arbeitnehmer kommen dann einkommensunabhängige Beiträge zu, während der Anteil der Arbeitgeber auf dem jetzigen Stand eingefroren wird. Eine Befürchtung des SoVD wird damit zur traurigen Gewissheit: Die Versicherten zahlen die Zeche einer verfehlten Gesundheitspolitik. Schlimmer noch: Werden die Beiträge unabhängig vom Einkommen erhoben, dann kommt das der Einführung einer Kopfpauschale durch die Hintertür gleich. Statt einer spürbaren Entlastung droht neben höheren Beiträgen somit eine Abkehr von der paritätischen Finanzierung der GKV. Unverständnis herrscht darüber bei SoVD-Präsident Adolf Bauer: „Die solidarische Krankenversicherung ist einer der wichtigsten Grundpfeiler des Sozialstaats. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Solidarität im Gesundheitssystem.“

Bereits bei der Einführung des Gesundheitsfonds zum Januar dieses Jahres hatte der SoVD vor den Folgen gewarnt. Vor allem die absehbare Unterfinanzierung machte den Experten des Verbandes Sorgen. Klaus Kirschner, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD-



Fotos: Bilderbox/fotolia, R.-Andreas Klein/fotolia, Monkey Business/fotolia, Maria P./fotolia

Die neue Regierung muss vor allem die steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen in den Griff bekommen. Eine qualifizierte Versorgung der Menschen in Deutschland muss dabei in jedem Fall gewährleistet bleiben.

Bundesverbandes, hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass nicht allein die Beitragszahler zur Kasse gebeten werden dürfen. Betrachtet man die grundsätzliche Lastenverteilung einmal genau, so fällt schon jetzt ein Ungleichgewicht zulasten der Versicherten auf: Gemessen am Beitrag der Arbeitgeber (7 Prozent) zahlen sie denselben Betrag sowie zusätzlich einen Sonderbeitrag von 0,9 Prozent ihres Einkommens. Darüber hinaus können die Krankenkassen von ihren Mitgliedern Zusatzbeiträge für den Fall verlan-

gen, dass die Krankenkasse mit den ihr zugewiesenen Geldern aus dem Gesundheitsfonds nicht auskommt. Mit den Folgen der Wirtschaftskrise zeichnet sich genau diese Gefahr immer deutlicher ab. Betrug das Defizit der GKV im laufenden Jahr noch 2,3 Milliarden Euro, so steigt diese Summe nach bisherigen Schätzungen für 2010 auf mehr als das Dreifache (7,5 Milliarden Euro).

Für mögliche Zusatzbeiträge gilt bisher eine Obergrenze, die bei einem Prozent des jeweiligen Monateinkommens liegt. Auch den

erhöhten Finanzbedarf der Krankenkassen sowie die Erhebung von Zusatzbeiträgen hatte Kirschner frühzeitig befürchtet. Im Blickpunkt der SoVD-Zeitung vom Januar dieses Jahres äußerte er darüber hinaus die Befürchtung, dass der Arbeitgeberbeitrag eingefroren werde und steigende Ausgaben der GKV künftig nicht mehr solidarisch finanziert würden, sondern allein von den Versicherten zu tragen seien. Genau dies scheint sich nun zu bestätigen.

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Die Koalition verabschiedet sich von der Solidarität. Alt bekannte Ideen, die nun konkretisiert werden sollen,



verheißen Versicherten in der gesetzlichen Pflegeversicherung wenig Gutes. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Rentner und Rentnerinnen sollen künftig einseitig die steigenden Kosten in der Pflege schultern. Jüngeren Menschen wird dabei eine verpflichtende private Zusatzversicherung auferlegt – eine überproportionale Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Aber damit nicht genug: Mit einer Kopfpauschale soll das bestehende Umlageverfahren durch Kapitaldeckung ergänzt werden. Auf diese Weise zahlt künftig eine Altenpflegerin den gleichen Betrag wie der Manager, um den steigenden Kosten in der Pflege Rechnung zu tragen. Schlimmer noch: Arbeitgeber werden beim geplanten Kapitalstock in der Pflegeversicherung gar nicht erst beteiligt. Sie profitieren – wie auch bei entsprechenden Vorhaben in der gesetzlichen Krankenversicherung, bei welchen der Arbeitgeberanteil dauerhaft festgelegt werden soll. Das ist alles andere als fair. Verliererinnen und Verlierer sind – einmal mehr – die Versicherten.

Edda Schliepack
Bundesfrauensprecherin

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Kostenlos Info: 040 7 83 78 87 88

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenwerbungen



Kommentar

Das Blaue vom Himmel

Das Verhältnis der Politik zum Wähler folgt bestimmten Gesetzmäßigkeiten. Zunächst wird mit Versprechungen um Stimmen geworben, an deren Einhaltung beide Seiten eigentlich nicht so richtig glauben. Nicht zu Unrecht, wie die Vergangenheit lehrt: Helmut Kohl versprach blühende Landschaften ohne Steuererhöhungen, es kam der Solidaritätszuschlag. Rot-Grün lehnte 2002 soziale Einschnitte ab, es folgte die Hartz-Reform. 2005 kündigte die CDU eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte an, die SPD lehnte diese generell ab. Schließlich erhöhten beide Parteien die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte.

Nach der Wahl setzt die zweite Gesetzmäßigkeit ein: Die neue Regierung bekennt sich zu ihren Wahlver-

sprechen, die man sehr wohl einhalten wolle. Jüngst geschehen im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. So soll unter Schwarz-Gelb vieles besser und kaum etwas schlechter werden. Der Vertrag ist jedoch vor allem eine Absichtserklärung, in der alles unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt wird. Es kündigt sich die dritte Gesetzmäßigkeit an, nach der Faktoren, die von der Politik nicht gesteuert werden können, die Umsetzung des Geplanten verhindern. Schamlos legt sich die Koalition damit schon jetzt eine passende Rechtfertigung bereit, denn ihr einziges Rezept für die Zukunft lautet Wachstum. Was aber droht, wenn das erhoffte Wachstum ausbleibt? Richtig – eine neue Wahl mit neuen Versprechungen. j b